

In Japan zerschlägt sich eine große deutsche Gas-Hoffnung

Welt, 12.07.2022, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus239852357/Abfuhr-fuer-Baerbock-In-Japan-zerschlaegt-sich-deutsche-LNG-Hoffnung.html>

Nach dem Lieferstopp durch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 setzt Außenministerin Baerbock auch auf die Solidarität der G-7-Staaten. Es könne keinen „Wettlauf ums Gas“ geben, sagte sie bei ihrem Antrittsbesuch in Tokio. Doch die Antwort ihres japanischen Amtskollegen ist ernüchternd.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) setzt bei der Bewältigung der Energiekrise auch auf Absprachen mit den sieben wichtigsten Industriestaaten. „Wir lassen nicht zu, dass die internationale Gesellschaft gespalten wird“, sagte Baerbock bei ihrem ersten Besuch in Tokio in Anwesenheit ihres Amtskollegen Yoshimasa Hayashi.

Weil Russland am Montag die wichtige Gaspipeline Nord Stream 1 für Wartungsarbeiten stilllegte, ist Deutschland auf die Verfügbarkeit von Flüssiggas am internationalen Markt angewiesen, um die Speicher bis zum Beginn der Heizperiode hinreichend füllen zu können. Dabei befürchtet die Ministerin aber offenbar eine Art Windhundrennen um die wenigen verfügbaren Brennstoffvorräte.

„Es kann und darf keinen Wettlauf um Energie geben, bei dem derjenige, der am stärksten ist und am meisten Geld hat, alles aufkaufen kann“, sagte Baerbock bei einer Pressekonferenz im Gästehaus des japanischen Außenministeriums. Deshalb habe sich bereits die Europäische Union über zusätzliche Gaskäufe abgesprochen. „Das gleiche gilt auch für die G 7.“

Baerbock traf mit diesem Thema einen empfindlichen Punkt bei ihrem Gastgeber. Denn Japan ist der weltweit größte Importeur von verflüssigtem Erdgas, auch „Liquefied Natural Gas“ oder kurz LNG genannt. Das Land verfügt über keine nennenswerten Energierohstoffe wie Kohle, Öl oder Gas und setzt deshalb stark auf Atomkraft und auf Flüssiggas-Importe, vor allem aus Katar und den USA.

Das weltweite Angebot an LNG ist begrenzt, weil in den gasexportierenden Staaten noch nicht ausreichend Verflüssigungsanlagen gebaut wurden. Wohin die LNG-Tanker aus den USA, Katar, Ägypten oder Trinidad fahren – ob nach Europa oder nach Asien – richtet sich bislang nach dem jeweils gebotenen Preis. Genau diesen Bieterkampf um das knappe Gut Gas hofft Baerbock künftig zumindest ein Stück weit durch internationale Solidarität außer Kraft zu setzen.

Angespannte Sicherheitslage in Japan

„Ich werde nicht zulassen, dass wir jetzt konkurrieren um das, was am allerwichtigsten ist, nämlich alternative Versorgungsmöglichkeiten wie zum Beispiel LNG“, sagte Baerbock in Tokio. Auch in Japan bestehe eine Importabhängigkeit, die „allerdings nicht so groß ist wie unsere“, so die Außenministerin: „Aber Japan braucht Gas, und deshalb stimmen wir uns in den G 7 bei diesen Fragen zwischen den Wirtschafts- und Energieministern ganz ganz eng ab.“

Dem Vernehmen nach gibt es bereits seit einigen Monaten diplomatische Bemühungen der USA und der EU-Kommission, asiatische LNG-Großkunden wie Japan dazu zu bewegen, langfristige Bezugsverträge zugunsten der bedrängten Europäer aufzulösen. Über den Erfolg dieser Bemühungen ist wenig bekannt.

In Tokio sagte Außenminister Yoshimasa Hayashi zwar Kooperation mit den G 7 zu. Doch auf die Fragen deutscher Journalisten reagierte er zurückhaltend. „Wir haben zur Zeit nicht vor, LNG an Deutschland zu liefern“, stellte Hayashi klar. „Aber wir werden zu diesem Thema eng in der G 7 kooperieren.“

Japan hatte sich im Kreis der G 7 klar gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine positioniert. Allerdings leidet das Land ebenfalls unter einer angespannten Sicherheitslage, einerseits durch häufige „Raketentests“ des benachbarten Nordkorea, andererseits durch chinesische Einschüchterungsversuche.

Hayashi wollte bei einem Mittagessen mit Baerbock auch über „Probleme mit dem wirtschaftlichen Druck Chinas“ sprechen. „Wir werden eine Änderung der lokalen Lage nicht zulassen und einen offenen Pazifik anstreben“, sagte der Minister wohl mit Blick auf eine drohende Eskalation des Konflikts um Taiwan.

Japan hatte erst vor wenigen Monaten neben dem Wirtschaftsministerium ein eigenes „Ministerium für wirtschaftliche Sicherheit“ eingerichtet, das sich ausschließlich um die Rohstoffversorgung und die Sicherung industrieller Lieferketten kümmert.

Sorge, dass deutscher Gasmarkt zusammenbricht

Baerbock sagte, in der neuen Nato-Strategie ebenso wie in der geplanten nationalen Sicherheitsstrategie Deutschlands werde China als potenzielles zukünftiges Risiko der internationalen Ordnung eingestuft. Während des G-20-Treffens der Außenminister vergangenen Freitag auf Bali habe sie ihren chinesischen Amtskollegen Wang Yi darauf hingewiesen, dass China als eines der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen besondere Verantwortung für die internationale Ordnung trage.

Russland stellte am Montag die Gaslieferungen durch die wichtigste Versorgungsleitung Nord Stream 1 wegen einer turnusmäßigen Wartung ein. Die Bundesregierung befürchtet, dass Russland die Wartungsarbeiten unter einem technischen Vorwand ausdehnt, um Deutschland mit einer Versorgungskrise unter Druck zu setzen. Auf ähnliche Weise hatte Moskau die Transportmenge bereits auf 40 Prozent reduziert, was etwa den großen deutschen Gasimporteure Uniper in akute Finanznot gestürzt hatte.

Sollte der deutsche Gasmarkt funktionell zusammenbrechen, müsste die Bundesregierung die Notfallstufe des nationalen Notfallplans Gas ausrufen und die zur Verfügung stehenden Mengen planwirtschaftlich nach Bedürftigkeit verteilen. Zwar sollen private Verbraucher und etwa Krankenhäuser in diesem Fall stets Priorität haben. Dennoch sprach Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) jüngst von einem „politischen Albtraum-Szenario“. Es drohe eine Lage, die die „gesellschaftliche Solidarität bis an die Grenze und wahrscheinlich darüber hinaus“ strapazieren werde.

Baerbock klang in Japan optimistischer: „Wir werden nicht zulassen, dass die Wärmeversorgung zu einer sozialen Frage in Deutschland wird“, sagte sie am Montag in Tokio: „Wenn wir weniger Energie haben, wenn wir weniger Wärmeversorgung haben, dann werden wir dafür sorgen, dass es gerecht zugehen wird.“

Nach Einschätzung der Außenministerin führt der Kreml einen „hybriden Krieg“ auch als „Kornkrieg und Energiekrieg“, der auch das Ziel habe, die Gesellschaft im Westen zu spalten. Dass Russlands Präsident Wladimir Putin in seinem Angriffskrieg dieses Ziel in Deutschland erreiche, „werden wir nicht zulassen“, sagte die Ministerin.